



Biogasanlage in Mecklenburg-Vorpommern: Beispiellose Industrialisierung ganzer Landstriche

PAUL LANGROCK / ZENIT

ENERGIEWENDE

Natürliche Feinde

Monokulturen aus Mais, Windparks in Schutzgebieten, Kahlschlag in den Wäldern – Naturschützer warnen vor den ökologischen Kosten der überhasteten Energiewende, doch selbst bei den Grünen finden sie kaum Gehör.

Die Sackpfeife, ein waldiger Buckel in Nordhessen, ist für Spaziergänger nur noch bedingt zu empfehlen. Hier ist Holzfällerland. Breite Schneisen kreuz und quer, im Schnee die Walzprofile schwerer Kettenfahrzeuge, eine weite Lichtung mit den Stümpfen frisch geschlagener Bäume.

Martin Kaiser, Waldexperte von Greenpeace, steigt auf einen dicken Stumpf und

zeigt in die Runde. „Hier standen überall mächtige alte Buchen“, sagt er. Jetzt liegt in großen Haufen das Astwerk der gefällten Riesen auf dem Boden. Vereinzelt ragen kahle Überlebende in den Himmel.

„Ein klimapolitisches Desaster“, sagt Kaiser. Allein dieser Kahlschlag hier, schätzt er, wird über tausend Tonnen Kohlendioxid freisetzen. Der Wald ist ein wichtiger Speicher für das Treibhausgas,

im Holz sind große Mengen davon gebunden. Und ausgerechnet diese uralten Buchen. Keine zwei Jahre ist es her, dass die Unesco die „Alten Buchenwälder Deutschlands“ zum Weltkulturerbe erhob.

Es war kein privater Waldmagnat, der hier abgeräumt hat, es war der Staatsbetrieb Hessen-Forst. Seit einigen Jahren gilt Holz als prima Energieträger – naturfreundlich und angeblich klimaneutral. In

Deutschland wandert bereits über die Hälfte des geschlagenen Holzes in Biomassekraftwerke und Pelletheizungen. Folglich steigen die Preise und mit ihnen die Gewinnerwartungen. Die Aussicht auf schnelles Geld, sagt Kaiser, „hat zu einer regelrechten Verrohung der Forstwirtschaft geführt“.

Naturschutz und Energiewende, das gehörte mal zusammen wie Schrot und Korn. Aber die beiden Ziele geraten zunehmend in Widerspruch zueinander. „Gerade bei der Holznutzung sind die Grenzen der Nachhaltigkeit vielfach schon überschritten“, sagt Kaiser. Wer die wahre Bedeutung dieses Satzes begreifen will, muss seine Biografie kennen: Seit vielen Jahren leitet er die Abteilung Klimaschutz im Greenpeace-Hauptquartier in Hamburg.

Es hat sich etwas verändert im Energiewendeland Deutschland. Der überstürzte Abschied von der Atomenergie hat die politischen Fronten verschoben, alte Koalitionen sind zerbrochen, und neue haben sich gebildet. Da mutieren die Grünen plötzlich zu Anhängern einer beispiellosen Industrialisierung ganzer Landstriche, während konservative Unionsanhänger für mehr Naturschutz demonstrieren.

Angela Merkels Energiepolitik hat einen tiefen Keil in die Umweltbewegung getrieben, die mit dem Erfolg der erneuerbaren Energien einen ihrer größten Siege gefeiert hat – und nun tief verunsichert ist von den Folgen, die dieser Umbau überall im Land zeigt.

Nicht nur Wälder werden abgeholzt, Wiesen und Felder verwandeln sich in einen Ozean aus Energiemais, der sich bis hinter den Horizont erstreckt. Es sind die Gärreste von Biogasanlagen, die von den Bauern auf kaum getaute Äcker gespritzt werden. Und es ist die Industrialisierung ganzer Landstriche durch riesige Solarkraftwerke, immer neue Windräder und gewaltige Stromautobahnen, die das Land bald von Norden nach Süden durchziehen werden.

Noch dominieren die Anhänger der Energiewende den öffentlichen Diskurs, darunter viele Umweltschützer, die den Ausbau um jeden Preis wollen. Sie geben auch in Ministerien und Behörden den Ton an, als Gehilfen der Erneuerbaren-Industrie und Entscheider in einer Person. Doch dann gibt es die anderen, denen mulmig wird. Sie haben Angst vor der Zerstörung der Natur und wollen nicht länger stillhalten.

Es ist ein Konflikt, von dem alle Parteien betroffen sind, doch kei-

ne ist es so wie die Grünen. Seit ihrer Gründung propagieren sie den Abschied von der Atomkraft und kämpfen für saubere Energien. Doch nun, da die Energiewende in großem Stil umgesetzt wird, löst sich die Utopie vom guten Strom in Luft auf. Auch Ökostrom hat seinen Preis, er ist gewaltig. Und die Natur zahlt ihn mit, wenn es so weitergeht wie bisher.

In der grünen Bundestagsfraktion stehen die Energiepolitiker gegen die Natur-

schützer, sie streiten, wie sehr sich die Umweltpartei auf die Energiewende stützen soll. Die Naturschützer haben es dabei nicht leicht, denn bis hoch zum Spitzenkandidaten Jürgen Trittin ist die Priorität Energiewende klar.

Sie müssen sich in den Debatten bisweilen anzischen lassen, der Atomlobby in die Hände zu spielen, wenn sie es wagen, den Naturschutz hochzuhalten. „Wir sollten der Versuchung widerstehen, zugunsten des Kampfs gegen den Klimawandel den Naturschutz zurückzustellen“, sagt die Magdeburger Bundestagsabgeordnete Undine Kurth dennoch. „Der Erhalt eines stabilen Naturraums ist genauso wichtig.“

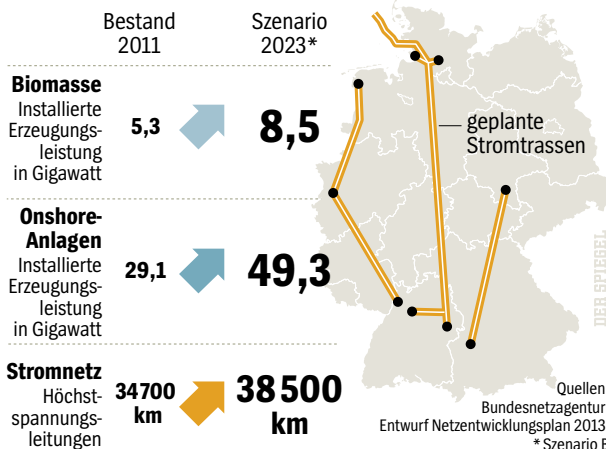
„Natürlich gibt es Friktionen zwischen Umwelt- und Klimaschützern – auch und gerade in meiner Partei“, meint auch der Grüne Robert Habeck, der in Schleswig-Holstein zum ersten Energiewendeminister der Republik wurde. Aber es sei nun mal so: „Wir Grünen sind plötzlich auch eine Infrastrukturpartei geworden, die Energieprojekte vorantreibt, während auf der anderen Seite eine klassische CDU-Klientel dagegen auf die Barrikaden geht. Das ist wie vor 30 Jahren – nur mit vertauschten Rollen.“

Es ist eine Rolle, die ungewohnt ist für die Umweltschützer. Lange waren sie die Guten, die anderen die Bösen. Plötzlich kommen sie in die Defensive. Früher waren es die Ökos, die vor den Verwaltungsgerichten mit dem Schutz von Löffelenten, Großtrappen oder seltenen Froscharten gegen Autobahnen und Bahntrassen kämpften. Jetzt müssen sie gewaltige Hochspannungstrassen verteidigen und dabei zusehen, dass sie ihre ökologische Kernklientel nicht vergaulen.

Bärbel Höhn, Ex-Umweltministerin aus NRW, gilt als jemand, der zwischen den Blöcken vermittelt. Sie gesteht ein, dass es „Fehlentwicklungen“ gebe, etwa beim Energiemais. Das seien aber Anfangsschwierigkeiten, die es zu beseitigen gelte, beschwichtigt die Grüne.

Die Opposition in Berlin hat sich bislang damit zufriedengegeben, eine in ihren Augen gescheiterte Klimakanzlerin zu kritisieren, die das wichtigste Infrastrukturprojekt der Republik gerade an die Wand fahre. Dabei sind SPD und Grüne zwar nicht im Bund an der Regierung, sehr wohl aber in einer ganzen Reihe von Bundesländern. Und im Zwei-

Energiewendeland Deutschland



Klimakanzlerin Merkel: Keil in die Ökobewegung

felsfall ist es dann die Natur, die für sie zweitrangig ist.

So entstand 2009 mitten im Vogelschutzgebiet Lieberoser Heide der bis dato größte Solarpark Deutschlands. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz im südöstlichen Brandenburg haben sich seit der Wende mehr als 200 gefährdete Tierarten angesiedelt. Aber egal: Allen Protesten von Naturschützern zum Trotz wurden riesige Bestände uralter Kiefern abgeholzt, um für mehr als fußballfeldgroße Sonnenkollektoren Platz zu schaffen.

In Baden-Württemberg, wo seit bald zwei Jahren mit Winfried Kretschmann der erste grüne Ministerpräsident regiert, hat ausgerechnet die einstige Ökopartei 2012 einen Windenergieerlass beschlossen. Er soll helfen, aus den bislang knapp 400 Windrädern im Ländle bis 2020 rund 2500 zu machen. Da steht die Natur im Zweifelsfall im Weg.

Der Erlass erleichtert es, riesige Windmühlen ausnahmsweise auch in Landschaftsschutzgebieten zu errichten. Die Ausnahme droht nun zur Regel zu werden: In Regionen wie Stuttgart, Esslingen oder Göppingen meldeten die Landratsämter, dass sie in etlichen Schutzgebieten Windparks genehmigen wollen.

Dem Chef der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, reicht das offenbar noch nicht. Er schrieb vor zwei Wochen einen Brief an Kretschmann, in dem er empfahl, lästige Naturschützer zurückzupfeifen. Investoren in erneuerbare Energien, so Schmiedel, würden „reihenweise gequält von den unteren Naturschutzbehörden in den Landratsämtern“. Die Regierung tue nicht genug dagegen.

Ebenso umstritten wie die Windparks sind die gewaltigen Strommasten der Trassen, die den Windstrom aus dem Norden in die Ballungszentren des Südens bringen. Als Alternative zu den riesigen Freileitungen favorisieren die Grünen daher seit längerem die unterirdische Verlegung. Fraktionschef Trittin sieht in der Verwendung von Erdkabeln die Chance, „das Netz im Einklang mit den Bürgern auszubauen“.

Doch ausgerechnet am Westrand von Göttingen, im Wahlkreis Trittins, regt sich Widerstand gegen die angeblich so umwelt- und bürgerfreundliche Leitungsart. Das

Plakat, das hier aufgestellt werden soll, hat Harald Wiedemann von der Bürgerinitiative schon in Druck gegeben: „Stop! Sie verlassen den strahlungsfreien Sektor.“ Er warnt vor den Magnetfeldern einer geplanten Hochspannungstrasse. Zwölf armdicke Kabel sollen anderthalb Meter unter der Erde verlegt werden.

Mit Flatterband haben Wiedemann und andere Anwohner die geplante Trasse markiert. Sie zweigt nördlich vom Dorf von der Autobahn ab, zerschneidet die Äcker, verläuft knapp neben der Grundschule und durch ein Wasserschutzgebiet.

Wiedemann ist auch Stadtverbandsvorsitzender der Grünen, und die sind bekanntlich Anhänger der Energiewende. „Aber warum muss das so hopplahopp gehen?“, fragt er. Die Planungen wirkten „bruchstückhaft“, man vergesse dabei den „Schutz von Natur, Gesundheit und Landwirtschaft“, sagt er.

Erdkabel sind nämlich alles andere als landschaftsschonend. Zwölf dicke Metallstränge auf einer Breite von 20 Metern sind für die Übertragung von 380 000 Volt nötig. Darüber dürfen keine Bäume wachsen, wegen der Wurzeln. Das Erdreich wird warm, und auch die Magnet-

felder der Wechselstromkabel sind für die Bürger furchteinflößend.

Viele Naturschützer glauben, dass bei der Energiewende das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Das Bundesamt für Naturschutz etwa lud vergangene Woche Vertreter von Naturschutzorganisationen, Wissenschaftler und Energieverbände nach Leipzig.

Die zuständige Fachgebietsleiterin Kathrin Ammermann vom Bundesamt sorgt sich: „Gerade die zunehmende Produktion von Biogas hat Mais-Monokulturen gestärkt.“ Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten leiden darunter. Windräder töten Vögel und Fledermäuse. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss nicht nur möglichst wirtschaftlich erfolgen, sondern ebenso natur- und umweltverträglich“, sagt Ammermann.

Einer, der qua Amt beide Interessen austarieren müsste, ist Umweltminister Peter Altmaier (CDU). Der aber verbrachte die ersten Monate seiner Amtszeit damit, das Hohelied der erneuerbaren Energien zu singen – um in den vergangenen Monaten mit zunehmend düsteren Prognosen vor einer nicht mehr beherrschbaren Strompreisexplosion zu warnen. Der Naturschutz kommt auf seiner Agenda nicht vor.

Als er im vorigen Sommer sein persönliches Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm vorstellte, fiel ihm gerade noch rechtzeitig ein, dass er auch für die Natur zuständig ist. Daraufhin rang er sich ein paar dürre Worte zum Natur- und Gewässerschutz ab, denen Taten bislang nicht folgten. Auch ein großangekündigtes Schallschutzkonzept für die Errichtung von Offshore-Windparks lässt auf sich warten.

Altmaiers Vorgänger Norbert Röttgen (CDU) hatte immerhin gemerkt, dass der Naturschutz vor lauter Energiewende unter die Räder kommen könnte, und 2011 ein Referat „Naturschutz und Energie“ gegründet. Trotzdem dominieren die Sachwalter der erneuerbaren Energien immer deutlicher die Linie des Hauses. Die klassischen Natur- und Umweltschützer stehen daneben und staunen. „Wir werden bei Entscheidungsprozessen zu spät oder gar nicht gehört“, heißt es im Haus. „Naturschutz ist nicht das Thema des Ministers.“

RALF BESTE, MAX BIEDERBECK,
MANFRED DWORSCHAK,
JÖRG SCHINDLER,
GERALD TRAUFTETTER



Stromtrasse im Thüringer Wald: Die Natur zahlt mit



Greenpeace-Aktivist Kaiser: „Ein klimapolitisches Desaster“